

INHALT

1. CDU-Fraktion feiert Amtsübernahme von Peter Harry Carstensen vor zehn Jahren
2. Geregelter Ausbau der Windkraft erfordert größtmöglichen parlamentarischen Konsens
3. Verfassungsschutzbericht 2014 liegt vor – islamistischer Terrorismus größte Gefahr
4. CDU-Fraktion fordert härtere Strafen für Angriffe auf Polizisten
5. CDU setzt sich für Eigentümer von Ferienwohnungen ein
6. CDU-Fraktion sucht Bewerber/in für Freiwilliges Politisches Jahr

30.04.2015

CDU-Fraktion feiert Amtsübernahme von Peter Harry Carstensen vor zehn Jahren Feierstunde vor der Fraktionssitzung im Landtag



Ingbert Liebing, Daniel Günther und Peter Harry Carstensen

Am 27. April 2005, also vor zehn Jahren, wurde Peter Harry Carstensen erstmals zum Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein gewählt. Zum zehnjährigen Jubiläum in dieser Woche lud die CDU-Landtagsfraktion aus diesem Anlass zu einer Feierstunde im Vorfeld ihrer Sitzung ein, an der neben Carstensen der Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands und ehemalige schleswig-holsteinische Staatssekretär, Dr. Klaus Schüler, und der CDU-Landesvorsitzende Ingbert Liebing teilnahmen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther würdigte die Verdienste Carstensens in dessen siebenjähriger Amtszeit.

„Peter Harry Carstensen war ein Ministerpräsident für die Menschen im Land. Er hat sich für die Menschen interessiert, ihre Probleme erkannt und sich um deren Lösung gekümmert“.

Carstensens Politikstil sei neben dessen Interesse an den Menschen ganz besonders von zwei Merkmalen geprägt gewesen: „Seine Politik war ideologiefrei und generationengerecht“, so Günther.

Beispielsweise sei Schleswig-Holstein in Carstensens Regierungszeit einem echten Bildungsfrieden deutlich näher gewesen, als heute. „Dieser Ministerpräsident hat nicht darüber geredet, er hat die ideologischen Scheuklappen an die Seite geschoben und sich um eine Lösung gekümmert“, betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Günther hob besonders die gegenüber kommenden Generationen faire Haushaltspolitik Carstensens hervor. So habe dieser durch eine klare Prioritätensetzung trotz deutlich geringerer Einnahmen und höherer Zinsausgaben weit mehr in die Infrastruktur investiert, als die jetzige Regierung. Gleichwohl sei in seiner Regierungszeit darüber hinaus die jährliche Neuverschuldung massiv gesenkt worden.

Dies sei gelungen, weil Carstensen das Ausgabenwachstum des Staates in den Griff bekommen habe. In den sieben Jahren seiner Regierung wurden nur 40 Prozent der zusätzlichen Einnahmen für die Erhöhung des Konsums ausgegeben.

„Die heutige Landesregierung hat die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. Aufgrund niedriger Zinssätze zahlt sie zudem weniger Zinsen. Dennoch machen die Verantwortlichen heute aufgrund wieder ausufernder Staatsausgaben zusätzliche Schulden und senken auch noch die Investitionen auf das Niveau von 1973. Carstensen hat dagegen gezeigt, dass eine Politik möglich ist, in der keine Wahlgeschenke auf Kosten kommender Generationen verteilt werden“, so Günther.

Von der Feierstunde ist ein kurzes Video unter folgendem Link abrufbar:

<https://www.facebook.com/CDUFraktionSH/videos/vb.1380320645521822/1570873839799834/?type=2&theater>

Geregelter Ausbau der Windkraft erfordert größtmöglichen parlamentarischen Konsens CDU-Fraktion wird Windkraftgesetzentwurf mit in den Landtag einbringen



CDU-Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Nach dem „Windkraftgipfel“ am Montag hat die CDU-Fraktion beschlossen, den von der Landesregierung vorgestellten Gesetzentwurf für einen geregelten Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein mit in die Maisitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages einzubringen:

„Der geregelte Ausbau der Windkraft ist von überragender Bedeutung für die Menschen in Schleswig-Holstein. Die CDU will aktiv daran mitarbeiten, dass es diesen geregelten Ausbau gibt. Wir wünschen uns einen möglichst großen Konsens im Gesetzgebungsprozess“, erklärte CDU-Fraktionschef Daniel Günther in Kiel.

Zuvor hatten sowohl die Windenergiebranche, als auch die ebenfalls betroffenen Kommunen sich grundsätzlich hinter den Entwurf der Landesregierung gestellt.

Zwar sind noch Punkte offen. Insbesondere ist noch unklar, nach welchen Kriterien die als Ausnahme vorgesehenen Genehmigungen erteilt werden sollen. Dies soll unter anderem durch einen bislang noch nicht vorliegenden neuen Windenergieerlass geregelt werden.

Günther hatte vor den Beratungen seiner Fraktion mit Ministerpräsident Torsten Albig telefoniert. Dieser hatte ihm zugesagt, dass die letzten Bedenken bis zur am 20. Mai beginnenden Landtagssitzungen ausgeräumt werden können. „Zudem hat der Ministerpräsident zugesichert, uns rechtzeitig vor den Beratungen über den Gesetzentwurf auch den Entwurf des Windenergieerlasses zuzuleiten. Das ist eine ausreichende Grundlage für diesen gemeinsamen Weg“, so Günther.

Verfassungsschutzbericht 2014 liegt vor – islamistischer Terrorismus größte Gefahr CDU kritisiert Innenminister Studt`s Bewertung des Linksextremismus



Innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein

Innenminister Stefan Studt hat in dieser Woche den Landesverfassungsschutzbericht für das Jahr 2014 vorgestellt. Die größte Gefahr droht nach Ansicht des Innenministers durch islamistischen Terrorismus. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Dr. Axel Bernstein, teilte diese Einschätzung ausdrücklich. „Bereits in den vergangenen Jahren hat die CDU mehr Intervention und Prävention in diesem Bereich gefordert. SPD, Grüne und SSW lehnten das lange Zeit ab. Scheinbar sind sie zumindest in diesem Punkt in der Realität angekommen“, erklärte Bernstein.

Er forderte die Landesregierung auf, die Anstrengungen in diesem Bereich noch zu verstärken. „Der Bericht des Verfassungsschutzes macht deutlich, dass von Heimkehrern aus Kriegsgebieten eine besondere Bedrohung ausgeht. Hier müssen durch das Land entsprechende Gesetzgebungsinitiativen auf Bundesebene unterstützt werden“, so der CDU-Abgeordnete.

Irritiert zeigte sich der CDU-Innenexperte insbesondere von der Darstellung des Linksextremismus durch Innenminister Studt. Studt hatte Linksextremisten als „öffentlich kaum bemerkbar“ bezeichnet.

„In den vergangenen Jahren hat die CDU-Fraktion im Gegensatz zur SPD und den Grünen den damaligen Innenminister Andreas Breitner ausdrücklich für dessen ausgewogene Darstellung der extremistischen Bestrebungen im Land gelobt. Bei Innenminister Studt wird nun ganz offensichtlich die rein fachliche Bewertung seines Vorgängers durch die SPD-Parteilinie überlagert“, erklärte Bernstein in Kiel.

Beispielsweise habe Studt ausdrücklich vor den Aktivitäten von Rechtsextremisten im Internet gewarnt. „Laut Verfassungsschutzbericht (S. 78) fand eine erhebliche Anzahl linksextremistischer Straftaten ebenfalls über das Internet statt. Darunter sind ausdrücklich Bedrohungen von Polizeibeamten und Lokalpolitikern genannt. Ein Innenminister sollte sich vor seine von Extremisten bedrohten Polizeibeamten stellen und diese nicht wie die Kollegen von Pein (SPD) und Peters (Grüne) in gutmeinende Linke und böse Rechte unterteilen“, so Bernstein.

Link zum Bericht:

http://www.schleswig-holstein.de/MIB/DE/InnereSicherheit/Verfassungsschutz/Downloads/Verfassungsschutzbericht_2014_blob=publicationFile.pdf

Pressemitteilung des Innenministers:

http://www.schleswig-holstein.de/MIB/DE/Service/Presse/PI/2015/150428_im_verfassungsschutzbericht.html

CDU-Fraktion fordert härtere Strafen für Angriffe auf Polizisten Schleswig-Holstein soll Bundesratsinitiative aus Hessen unterstützen

Immer wieder werden Polizistinnen und Polizisten, aber auch Einsatzkräfte von Feuerwehren und Rettungsdiensten, Opfer tätlicher Angriffe. Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag forderte in dieser Woche die Landesregierung auf, eine Initiative aus Hessen im Bundesrat zu unterstützen. Diese sieht die Einführung eines neuen Straftatbestandes mit einem erhöhten Strafraum für Angriffe auf Polizeikräfte vor. Angriffe auf andere Einsatzkräfte sollen besonders unter Strafe gestellt werden.

„Die Einführung eines solchen Straftatbestandes wäre ein wichtiges Signal unseres Rechtsstaates. Angriffe auf Menschen, die im Auftrag der Allgemeinheit anderen helfen und diese schützen wollen, stellen ein besonderes Unrecht dar“, begründete CDU-Innenexperte Dr. Axel Bernstein den Antrag.

In der kommenden Landtagssitzung im Mai wird die CDU-Initiative auf der Tagesordnung stehen.

Link zum Antrag:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/30-04-15-AngriffaufPolizisten.pdf>

CDU setzt sich für Eigentümer von Ferienwohnungen ein Bundesratsinitiative soll endlich Rechtsicherheit bringen



CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callsen

Seit einem Jahr ist bekannt, dass es erhebliche Rechtsunsicherheiten über die Zulässigkeit von Ferienwohnungen außerhalb ausgewiesener Sondergebiete gibt. Seit Monaten laufen deshalb Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss des Landtages – bislang ohne Ergebnis.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen, und der tourismuspolitische Sprecher Hartmut Hamerich haben in dieser Woche die Landesregierung aufgefordert, eine Bundesratsinitiative aus Mecklenburg-Vorpommern zur Änderung der Baunutzungsverordnung für Ferienwohnungen zu unterstützen.

„Seit Monaten macht die Albig-Regierung nichts, um den Betroffenen Klarheit zu verschaffen. Die CDU will vor Beginn der Tourismussaison ein klares Zeichen setzen, dass der Landtag die traditionelle Vermietung von Ferienwohnungen an Gäste unterstützt“, erklärte Callsen in Kiel.

Über die Bundesratsinitiative sollen Gemeinden durch eine Änderung der Baunutzungsverordnung die Möglichkeit erhalten, in Kleinsiedlungsbaugebieten, reinen und allgemeinen Wohngebieten Ferienwohnungen ausnahmsweise und in besonderen Wohngebieten, Dorf-, Misch- und Kerngebieten Ferienwohnungen allgemein zuzulassen.

„Diese Ferienwohnungen, in denen Schleswig-Holsteiner Feriengäste praktisch in ihr Haus aufnehmen, sind nicht nur von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Sie tragen auch ganz wesentlich zum hervorragenden Image Schleswig-Holsteins als gastfreundliches Land zwischen den Meeren bei“, sagte Hamerich.

CDU-Fraktion sucht Bewerber/in für Freiwilliges Politisches Jahr Stellenausschreibung ist online

Zum dritten Mal sucht die CDU-Landtagsfraktion einen Teilnehmer oder eine Teilnehmerin für ein Freiwilliges Soziales Jahr. Der Einsatz wird vorrangig in der Pressestelle erfolgen. Hauptaufgaben sind die Medienauswertung, die Betreuung und Beobachtung der Sozialen Netzwerke, und Recherchearbeiten.

Nähere Informationen unter:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/fpj.pdf>

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de